

Horst Müller

Transformationsprozesse der sozial-ökonomischen Praxis und der Grundriss einer Systemalternative

*Ursprüngliche Fassung des stark gekürzten, gleichnamigen Artikels in der Zeitschrift
Widerspruch, Münchner Zeitschrift für Philosophie Nr. 47, München 2008, S. 89-104*

Die entscheidende Frage nach der Alternative

Die Frage nach einer konkreten Alternative stellt die größte Herausforderung der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft in unserer Zeit dar. Es ist die gewichtigste Frage im Hinblick auf die Zukunft der sozialen und politischen Bewegungen. Es handelt sich zugleich um die bis heute ungeklärte Frage im Anschluss an die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie. Diese verwies schon immer auf die systemeigene Grundproblematik und den historischen Charakter der Kapitalwirtschaft und orientierte zugleich vortastend auf die Möglichkeit einer ganz anderen, zivilisatorisch höher stehenden Gesellschaftsform. Dennoch gibt es bis heute, trotz vorhandener Grundorientierungen, theoriegeschichtlich vorgängiger Sondierungen sowie umfangreicher Erfahrungen aus den gescheiterten Gesellschaftsexperimenten des 20. Jahrhunderts, keine überzeugende und praktische Konzeption für eine nichtkapitalistische Wirtschaftsweise und damit verbundene befriedete gesellschaftliche Verhältnisse.

Es ist ein überaus merkwürdiger Sachverhalt, dass 150 Jahre nach dem Marxschen Großangriff auf die Kapitalwirtschaft noch keine Lösung aufgewiesen werden kann. Ein Bruch mit dem System ist auch in Ansätzen einer kritischen Wirtschaftstheorie oder alternativen Wirtschaftspolitik nicht erkennbar. Ich versuche nachfolgend zu zeigen, dass in all dem eine fundamentale Entwicklungshemmung der Wissenschaft der politischen Ökonomie zum Ausdruck kommt, die bereits in Marxschen Konzeptualisierungen, in daran anschließenden, bis heute unüberwundenen Fixierungen und Dogmatisierungen wurzelt. Diese hat letztlich dazu geführt, dass der traditionell kapital- und krisentheoretische, dann imperialismus- und letztlich globalisierungskritisch aktualisierte Ansatz auch heute noch ohne grundsätzliche Neuerungen ganz überwiegend im Modus einer negativ bleibenden Kritik fortgeschrieben wird.

Um demgegenüber einen positiven Leitgedanken und prospektiven Forschungsansatz zu gewinnen, möchte ich zunächst Licht in historisch-theoretische Zusammenhänge bringen und beginne mit einer überfälligen theoretisch-historischen Relativierung bestimmter Marxscher Theoreme. Danach soll das gänzlich neue Konzept einer Sozialwirtschaft als Systemalternative erläutert und damit einer Prüfung und Diskussion überantwortet werden.

Zur Problematik der Marxschen Konzeptualisierungen

Die Gesellschaftsformation, in der die kapitalistische Wirtschaftsweise herrscht, stand zu Marx' Schaffenszeit offenkundig erst in einer Frühphase ihrer Entfaltung. Vieles spricht dafür, dass wir an der Wende zum 21. Jahrhundert, nach gravierenden Wandlungen, in einem Übergang am anderen Ende dieser historischen Praxisformierung stehen. Die grundlegende Veränderung der Situation bedeutet, dass der ursprüngliche Marxsche Ansatz in wesentlichen Aspekten modifiziert und prospektiv überschritten werden muss. Dies betrifft sowohl seine praxisanalytische Begrifflichkeit und Methodologie als auch die wert- und reproduktionstheoretische Modellierung, auf der die Kapitaltheorie beruht.

Die fundamentale Operation, auf der die Marxsche Analyse beruht, entspricht der damals kenntlichen wirtschaftsgeschichtlichen Situation. Es ist die theoretische Totalisierung der noch im Werden begriffenen, typischen Entwicklungsgestalt der kapitalistischen, industriewirtschaftlichen Warenproduktion. Marx gelang in Auseinandersetzung mit den

Theorien seiner Vorgänger, besonders inspiriert von Quesnay's „Tableau Economique“, die Konstruktion seines in zwei Abteilungen gegliederten Reproduktionsszenarios. Er diskutierte und klärte mit Blick darauf die Fragen des ökonomischen Werts und Mehrwerts, dechiffrierte die inneren Wertverhältnisse, die grundlegenden Kategorien und Formbildungen der Kapitalwirtschaft, die sich auch in der bekannten Wertbildungsformel $c+v+m$ darstellen. Zugleich wurden die gesellschaftlichen Antagonismen dieser Wirtschaftsweise offenbar.

Die Analyse enthüllte, dass das in der kapitalwirtschaftlichen Reproduktions- und Praxisform implizierte ökonomische Kalkül einen unablässig treibenden Verwertungszwang aufherrscht, eine Rationalisierungs-, Akkumulations- und Expansionstendenz auslöst, welche in eine Entwicklungsrevolution mündet - verbunden mit nicht enden wollender Drangsalierung der arbeitenden Menschen, nicht enden wollender Kapitalakkumulation und letztlich globaler Expansion bis zur Vollendung des Weltmarkts. Von der Erfassung des Systemkerns her konnte Marx bestimmte Vorausblicke gewinnen, die sich bis heute in frappierender Weise bestätigen. Allerdings wurden zugleich die Entwicklungsmöglichkeiten und die bis heute überwältigende hegemoniale Macht der kritisierten Wirtschaftsweise und gesellschaftlichen Praxis unter- und das Transformationspotenzial des historischen Proletariats weit überschätzt.

Aus heutiger Sicht stellt sich in jener Marxschen Modellierung ein noch unentfalteter, unreifer Kapitalismus dar. So liegt eine historisch bedingte Problemexposition vor: Die kardinale Entwicklungshemmung der Marxschen politischen Ökonomie ist angelegt in der Konzeptualisierung der industriellen Warenproduktion als Totalität, verbunden mit der Ausblendung der so genannten unproduktiven, das heißt aus Sicht der Kapitalverwerter nicht Mehrwert schaffenden Arbeit aus der Kernanalyse. Aufgrund der fortdauernden Fixierung auf diese eingeschränkte Perspektive konnten entscheidende Elemente und Prozesszusammenhänge einer im Fortgang des 20. Jahrhunderts andrängenden systemischen Transformation nicht angemessen erfasst werden: Die Entwicklung sozialwirtschaftlicher Dienste, das heißt infrastruktureller und sozial-kultureller Produktionen sowie die tiefgreifende Veränderung des ‚politischen‘ Staates im Zuge der Entfaltung sozial- und gesamtökonomischer Funktionen moderner Staatlichkeit.

Zur Fixierung und Dogmatisierung einer traditionellen Kapitaltheorie hat auch beigetragen, dass das Praxisdenken, das generative Zentrum des Marxschen Schaffens überhaupt, von ihm nur zwecks Selbstverständigung in Thesen und Skizzen kurz behandelt wurde und dass der reproduktions- und praxisanalytische Forschungsansatz, der Marx selbst das innere Band der Erscheinungen erschlossen hat und den Anknüpfungspunkt für eine schöpferische Weiterentwicklung geboten hätte, im Hintergrund blieb. Dem Publikum wurde dann mit der Kapitalanalyse, bildlich gesprochen, das anatomische Röntgenbild eines fertigen Ganzen vorgeführt - die dialektisch verschlüsselte Kritik der politischen Ökonomie kam mit einer Aura der Hermetik in die Welt.

Oft wird vergessen, dass Marx insgesamt ein weitgehend fragmentarisches Grundwerk hinterließ. Von den drei Bänden der Kapitaltheorie erblickte zu Lebzeiten nur der erste das Licht der Welt, den zweiten fand, viel später, sogar Rosa Luxemburg merkwürdig unfertig. Der nicht ausgeführte Arbeitsplan sah noch die Behandlung des Staates und der Steuern, des Außenhandels, des Weltmarktgeschehens und schließlich von Fragen einer neuen Produktionsweise vor. Mit diesem Projekt einer umgreifenden, nationalökonomisch grundierten Gesellschaftstheorie hatte sich das einzelgängerische Genie erheblich übernommen. So blieb es auch bei verstreuten, immer wieder einfließenden Ideen bezüglich einer alternativen, nichtkapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, beispielsweise zu einer genossenschaftlichen Betriebsführung, einer zukünftigen Ökonomie der Zeit, einer solidarischen, gesellschaftlich kontrollierten Reproduktionsform, einer geschichtlich höher stehenden Assoziation der Individuen. Es sind punktuelle und skizzenhafte Vorgriffe, die kein schlüssiges Gesamtbild ergeben: Eine ungeheure Hypothek für die späteren Versuche, eine sozialistische Ökonomie zu realisieren und selbst ein den heutigen Sozialbewegungen und kritischen Ökonomen noch vererbtes Grundproblem.

Marx konzentrierte sich auf die Entfaltung innerer Widersprüche der als Totalität modellierten industriekapitalistischen Formierung. Er konnte von daher letztlich nur eine Aufspaltung derselben antizipieren. Im Positiven blieb im Wesentlichen der Umkehrschluss, dass es gelte, im Zuge eines Formwandels die gesellschaftliche Kontrolle über eben jenen industriewirtschaftlichen, an sich aber beschränkten Funktionskreis der gesellschaftlichen Arbeit wieder zu gewinnen. So wurde als theoretischer Raum der Analyse eben nicht ein voller historischer Praxisform- und Perspektivenwechsel aufgespannt und transformationstheoretisch, das heißt zugleich utopistisch analysiert. Dazu war die Zeit auch nicht reif: Um eine entsprechende, unverkürzte Dialektik der gesellschaftlichen Praxis zugrunde zu legen, ist der Eintritt in eine Übergangsepoche vorausgesetzt, in der eine alte und eine neue Formierung realiter in einander übergehen. Das war aber selbst am Beginn des 20. Jahrhunderts nicht der Fall und kommt, wie zu zeigen ist, erst heute in Reichweite.

Gescheiterte Wirtschafts- und Gesellschaftsexperimente im Osten

Im Gefolge der russischen Revolution, unter schwierigsten Bedingungen und eminentem Handlungsdruck, wurde das Problem akut, wie eine nichtkapitalistische Ökonomik ins Werk zu setzen sei. Lenin bemerkte in einer seiner letzten Äußerungen, dass es allenthalben an Zivilisation mangelte, um direkt zum Sozialismus überzugehen. Die politischen Voraussetzungen dafür schienen ihm gegeben. Bedeutet aber das, was dann ab 1928 unter Stalin mit dem ersten Fünfjahresplan ins Werk gesetzt wurde, die Schaffung einer neuen Basis und den Übergang zu einer gesellschaftsgeschichtlich höher stehenden Formierung?

Die in die Wege geleitete planwirtschaftliche Übersteuerung des Wirtschaftsgeschehens, um dieses endlich unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen, kann nicht als Spezifikum einer neuen Produktionsweise gelten. Sie hat in westlichen Ansätzen zur globalen Steuerung, in einer vielseitig geübten Praxis staatlicher Interventionen und Regulierungen ein Pendant. Unter die Oberhoheit einer Bürokratie gestellt, hat sich diese Wirtschaftslenkung gegenüber der kapitalwirtschaftlichen Praxis sogar als wenig effektiv erwiesen. Eine entscheidend neue Qualität kommt auch nicht dadurch zustande, dass der Staat als formeller Eigentümer an Produktionsmitteln auftritt und so der Machbarkeit keine Grenzen mehr gesetzt zu sein scheinen: Das Modell erwies sich als kriegswirtschaftlich oder für eine Entwicklungsperiode nachholender Industrialisierung und Zivilisierung als begrenzt tauglich.

Von einer historischen Alternative kann nur ernsthaft die Rede sein, wenn die alte Verwertungs- beziehungsweise Wachstumsmotorik außer Kraft gesetzt ist und sich eine höher stehende ökonomische Logik geltend macht. Solches war bei den fraglichen Gesellschaftsexperimenten aber nicht der Fall. In der Praxis konnten die traditionellen Modalitäten betriebs- und volkswirtschaftlicher Wirtschaftsrechnung nicht wirklich überschritten werden. In der DDR wurden die kulturell-sozialen Bereiche, ähnlich wie im Reich des Kapitals, durch abgeleitete Ressourcen aus der waren- und industriewirtschaftlichen Reproduktion unterhalten: Die wesentliche geschichtsmaterialistische Bedingung für eine Überschreitung dieser Reproduktionsordnung liegt in einem Produktivkraftniveau, wie es sich kapitalwirtschaftlich in einem Stadium der Überproduktion und Überakkumulation ausdrückt. Dann erscheint einerseits ein relevanter Teil der Arbeitsbevölkerung als überflüssig, während zugleich das Potential für eine bedeutende Erweiterung der sozial-kulturellen und infrastrukturellen Produktionen vorhanden ist. Diese Schwelle war aber selbst um die Mitte des 20. Jahrhunderts im Osten keineswegs erreicht und selbst im Westen noch geraume Zeit nicht überschritten.

Das Scheitern der Gesellschaftsexperimente in der Geschichtswende von 1989 hat meines Erachtens verdeutlicht: Es ist nicht möglich aus einer sei es mehr oder weniger markt- oder planwirtschaftlichen Organisation der industriellen Warenproduktion als solcher schon die historische Alternative zu entwickeln. Schließlich handelt sich dabei um ein in historischer Perspektive relativ schrumpfendes Teilsystem der gesellschaftlichen Arbeit. Für sich gefasst,

als materiell bedingter praktischer Objektivationszusammenhang oder theoretische Totalität, impliziert dieser Komplex Formbildungen und Funktionalitäten, wie sie eben die Marxsche Wert- und Kapitalanalyse aufwies. Selbst die ernsthafte Absicht zur volksfreundlicheren Moderation durch ein gemischtes System bedeutet noch nicht den historischen Sprung, der ans ersehnte andere Ufer führt. Daher drehten sich die einstigen großen Debatten über Markt- oder Planwirtschaft um Scheinalternativen. Deswegen auch die unbewältigte Problematik in den immer wieder ins Spiel gebrachten Konzepten von Mitbestimmung und Volksaktien, genossenschaftlicher Produktion oder auch einer Arbeiterselbstverwaltung.

Objektiv-reale Prozessimplikationen einer Praxisform können durch kein politisch-ökonomisches Dirigat einfach außer Kraft gesetzt, im schlimmsten Fall und mit entsprechenden Folgen aber dadurch dyskalkuliert werden. Der letztendliche Zusammenbruch erfolgte vor allem aufgrund einer Gemengelage disparater Elemente: Der gleichzeitigen Wirksamkeit objektiver Wertverhältnisse, bürokratisch-planwirtschaftlicher Steuerungsvorgaben und unbewältigter, krass gegensätzlicher Interessenlagen der Akteure. Darüber hinaus war die zivilgesellschaftliche Entwicklung durch autoritäre Strukturen und diktatorische politische Verhältnisse entscheidend gehemmt. Was als Sozialismus reklamiert wurde, führte auf einen Seitenzweig der gesellschaftsgeschichtlichen Entwicklung, in ein Desaster von säkularem Ausmaß und schließlich auf den Weg zurück in den inzwischen global ausufernden Geltungsbereich und Mainstream der Kapitalwirtschaft.

Die Neuformierung der kapitalwirtschaftlichen Praxis im 20. Jahrhundert

In merkwürdigem Kontrast stellte sich die Entwicklung im Westen dar. Sie nahm eine Richtung, welche die traditionelle politische Ökonomie im Zuge ihrer fortgesetzten Kapitalismus- und Imperialismuskritik insgesamt nicht mehr recht fassen konnte. Der bereits angesprochene, entscheidende Punkt liegt darin, dass Marx die so genannte unproduktive Arbeit, also nicht Mehrwert bildende Arbeit, als mehr oder weniger Anhängsel oder Randerscheinung der industriekapitalistischen Warenproduktion betrachtete und daher aus der Kernanalyse ausklammerte. Der Sektor persönlicher Dienstleistungen - Marx spricht in entsprechenden Untersuchungen sogar polemisch von der Hure und dem Papst - erschien nebensächlich. Der Staat in jener Zeit, ein Herrschafts- und Verwaltungsapparat mit Zuständigkeiten für einige allgemeine Sozial- und Kulturzwecke, fiel ökonomisch wenig ins Gewicht. Man konnte vermuten, dass größere Infrastrukturprojekte wie etwa Eisenbahnen irgendwann an Kapitalgesellschaften abgegeben würden. Im traditionellen Konzept wird daher der Staat und mit ihm die öffentliche Verwaltung, werden die tragenden öffentlichen und sozialen Einrichtungen und Leistungen im Grunde so eingeschätzt, dass sie mehr oder weniger nur der Aufrechterhaltung des kapitalwirtschaftlichen Betriebs und sozialer Flickschusterei, letztlich also allgemeinen Kapitalinteressen dienen.

Aufgrund der entwickelten Sichtweise konnte aber die enorme, gerade durch kapitalwirtschaftliche Entwicklungstendenzen und die gesamte zivilisatorische Entwicklung veranlasste, im Grunde von beiden sozialen Lagern her angeforderte Ausdehnung sozialwirtschaftlicher Dienste und eine damit verbundene Reorganisation des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs nicht richtig erfasst werden: Die kapitalistische Produktionsweise induzierte einen Prozess infrastrukturell durchwachsender und zivilisatorisch verdichteter Urbanisierung. Damit ging eine neue, von der betrieblichen und kommunalen bis zur nationalökonomischen Ebene rechtlich und praktisch durchdringende sozial-wirtschaftliche Rolle des Staates einher. Dieser Prozess hat sich, was hier nur angedeutet werden kann, bereits mit den Sozialgesetzen unter Bismarck angebahnt, wurde wesentlich durch den fordistischen Produktivismus mitgetragen, hat sich auch durch die Politik des New Deal im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise von 1929 und durch die Kriegswirtschaft formiert. Daraufhin konnte es wegen der geschichtlichen Verwerfungen erst in der Nachkriegszeit zur Ausformung eines relativ stabilen neuen Typus kommen.

In der folgenden Periode des Wirtschaftswachstums, in Verbindung mit einer tendenziellen Ausweitung des internationalen Wirtschaftsverkehrs, konnte das kapitalwirtschaftliche Akkumulationsregime die gleichzeitige Ausweitung der sozialwirtschaftlichen Dienste mit tragen und aus deren Existenz zugleich zusätzliche ökonomisch-zivilisatorische Impulse erhalten. Dieses wirtschaftsgeschichtlich einmalige, unwiederbringliche Wachstumsmodell verdankte seine praktische Funktionalität wesentlich dem mitwachsenden Werttransfer über sozialstaatliche Instanzen, einer an Bedeutung gewinnenden Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik und wirtschaftspolitischen Setzungen, wie sie etwa der Begriff Globalsteuerung andeutet.

Im wirtschaftlichen Aufbau und Aufschwung nach den Kriegen formierte sich so ein Gesamtzusammenhang der Reproduktion und gesellschaftlichen Selbstorganisation, der in einer wert- und reproduktionstheoretisch notwendigen Verknüpfung zwischen industrieller Warenproduktion, sozialwirtschaftlichen Diensten und durchgreifenden ökonomischen Funktionen moderner Staatlichkeit figuriert. Er gewann in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit einer Staats- und Sozialquote von 40-60% sein charakteristisches sozial-ökonomisches Profil. Dieser Zusammenhang bildet die dreistellige Kernstruktur der modernen Zivilisation, in der sich zugleich die urbane, kommunal verfasste Praxis als sozialökonomische Basiseinheit des Lebensvollzugszusammenhangs kristallisiert hat.

Somit war aber im Rahmen der alten Ordnung eingetreten, was Marx in bestimmter Hinsicht erst für eine postkapitalistische Gesellschaft erwartet hatte: Ein bedeutendes Anwachsen des zur Befriedigung von gemeinschaftlichen Bedürfnissen Bestimmten, wie Erziehung, Bildung und Gesundheit, eine Ausweitung der gesellschaftlichen Fonds für die allgemeinen, ökonomisch-zivilisatorischen Bedingungen der gesellschaftlichen Praxis. So gesehen ist aber der moderne Sozialstaat nicht nur ein vorübergehendes Zugeständnis, nicht einfach nur ein Reparatur-, Beschäftigungs- oder auch Repressionsapparat. Er ist zugleich und wesentlich Ausdruck der Prozesstotalität eines ausgeformten, reifen Kapitalismus: Ein Resultat, das die Vorläufigkeit der Marxschen Modellierung verdeutlicht, aber zugleich auch auf die begrenzte Tiefenschärfe von vormaligen theoretischen Interpretationsfolien eines Monopol- und Staatskapitalismus oder auch Spätkapitalismus verweist.

Neoliberale Ökonomisierung und der Eintritt in die Übergangsepoche

Die Marxsche Grundauffassung, dass alle Reproduktion zugleich notwendig Neuproduktion und Destruktion der alten Form ist, sollte sich im Fortgang bestätigen. Motor der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung blieb der Rationalisierungs-, Akkumulations- und Expansionstrieb der Wirtschaft und die damit einhergehende Ausfaltung technisch-wissenschaftlicher, sozialökonomischer und infrastruktureller, überhaupt zivilisatorischer Bedingungen. Damit wandelte sich aber im Durchgang durch Krisen- und Reorganisationsprozesse im ausgehenden 20. Jahrhundert der Aggregatzustand der gesellschaftlichen Praxis abermals. Die soziale Marktwirtschaft ging unter den Vorzeichen der neoliberalen Ökonomisierung und Globalisierung in die heutige, in ganz bestimmter Weise anders konstituierte sozial-ökonomische Formierung über.

Die Erörterungen dazu können sich hier auf Fragen zum System der gesellschaftlichen Arbeit beziehungsweise der Reproduktionsform als solcher konzentrieren: Dass die funktionell nie abschaltbare Verwertungsökonomie, die einen permanenten gesellschaftlichen Geschwindigkeitsrausch erzeugt, sowohl zur Ausplünderung aller natürlichen Ressourcen und Kräfte als auch, durch die Exkremente dieser Ökonomik, zu einer fortschreitenden Umweltzerstörung führt, versteht sich von selbst. Marx fasste die Ökologieproblematik in einem lapidaren Gedanken zusammen, der nicht ins Poesiealbum der Grünen Illusion passt: Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt sich nur, indem sie die Springquellen allen wahren Reichtums untergräbt, nämlich die Erde und den arbeitenden Menschen. Das heißt zugleich: Ohne konkrete Alternative, ohne Fortschritte in der Implementierung andersartiger ökonomischer Dispositive und Reproduktionsmodi, ohne eine

andere Wirtschaftsverfassung gibt es diesbezüglich weder eine wirksame Gegenwehr, noch kommen überhaupt andere, höhere Gesellschafts- und Naturverhältnisse in Reichweite. Welches sind die wesentlichen Prozesse, welche der Suche nach oder der Verwirklichung einer solchen Alternative realiter vorausgesetzt sind?

Die Rationalisierungs- und Akkumulationstendenz läuft, wie Marx es nannte, auf die Kreation des automatischen Systems der Maschinerie hinaus. Diese Tendenz wurde durch die im letzten Vierteljahrhundert neu entwickelte Produktivkraft der Informations- und Kommunikationstechnik auf die Spitze getrieben. Die Implementierung informationeller und automatischer Prozesse in der gesamten Unternehmensorganisation und in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen hat die gesellschaftlich notwendige Arbeit derart vermindert, dass eine chronische, kapitalwirtschaftlich nie mehr zu behebende Massenarbeitslosigkeit entstand. Es handelt sich nicht mehr nur um eine industrielle Reservearmee, sondern um die Konsolidierung einer für die Kapitalwirtschaft überhaupt überflüssigen Erwerbslosen- und Armutsbevölkerung: Ein marginalisiertes Prekariat aus Jungen, Ausgesonderten und Alten, denen eine entsprechende Behandlung zugemutet wird. An sich, denkt man sich einfach die kapitalwirtschaftliche Form als abgestreift, wären damit freilich die menschlich-produktiven Kräfte für so etwas wie ein garantiertes Grundeinkommen und überhaupt für eine befriedete Daseinsorganisation gegeben. Aber der wirkliche Prozess wirkt dem entgegen:

In der automatisch-informationell hochgerüsteten Reproduktionsform wird immer neu ein produktiver Mehrwert hervorgetrieben, der in der sachlichen Gestalt von Investivmitteln existiert. Wenn aber eine Reinvestition auf dem jetzigen Stand fortgeschrittenster technologischer und organischer Zusammensetzung erfolgt, also mit relativ weniger Arbeitskraft und ergo Kaufkraft, ist die klassische Wachstumsmotorik abgeschaltet. Die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ist dauernd gehemmt und Investitionen im Inland sind wenig lohnend. Daher die Einpendelung auf eine chronische, nicht mehr nur konjunkturelle Wachstumsschwäche im Inland, die vielleicht noch mit ein bis zwei Prozent schöngerechnet wird. Es gibt vorübergehend entgegenwirkende Strategien, darunter die verstärkte Auslagerung unternehmensnaher Dienstleistungen oder aberwitzige, an sich sinnlose Bestrebungen zur Beschleunigung der Innovationszyklen und Modenwechsel. Aber die inländische Entwicklungshemmung wird, den Beschwörungen der Euphoriker des kapitalwirtschaftlichen Wachstums zum Trotz, zu einer Grundtendenz.

Die chronische Wachstumsklemme verweist auf die inzwischen erreichte historische, systemische Schranke einer relativen Überakkumulation beziehungsweise Überproduktion. Diese erzwingt in allen entwickelteren Gesellschaften eine zunehmende Orientierung auf den internationalen Austausch, vor allem auf den eigenen Waren- und Kapitalexport, insbesondere auf Auslandsinvestitionen: Ein immer neu hervorgetriebenes produktives oder auch konsumtives Mehrprodukt kann vor allem im gegenseitigen, internationalen Austausch vergoldet werden. Damit ist es möglich, einerseits den luxuriösen Konsumfonds von Profiteuren und vermögenden Schichten zu mehren und auf der anderen Seite Investitionsabenteuer auf internationalem Terrain zu bestreiten: Den globalen Missionen der eigenen Industrie, die in Weltraumspektakeln kulminieren, korrespondieren zunehmende soziale Polarisierungen und regelrecht feudale Gesellschaftsverhältnisse im Innern. Diese neue Phase der Globalisierung erzwingt eine transnationale Organisation der Unternehmungen und eine entsprechende Aufblähung der ganzen Finanzsphäre. Die Überkapazitäten und jene zwanghafte Export- und Weltmarktorientierung, die wenig mit der Abenteuerlust oder Genialität seiner Promotoren zu tun hat, fördern, wie in Europa so in allen Weltregionen, die Tendenz zur Organisierung erweiterter Wirtschaftsräume. Die Wirtschaftsgesellschaften werden dabei zunehmend zu Werkbänken für globale ökonomische Initiativen, wenn nicht zu Kampfbasen in der steigenden internationalen Konkurrenz oder zu Kriegsparteien zwecks vorteilhafter Positionierung und räuberischer Vorteilsnahme.

Durch die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit verliert jetzt die in den Köpfen teils noch verankerte soziale Marktwirtschaft zunehmend ihr Gesicht: Die sozialwirtschaftlichen

Bereiche können nur mehr schlecht als recht aus dem an kapitalwirtschaftliche Modi gefesselten steuerlichen Transfer finanziert werden. Es entwickelt sich eine horrende Verschuldung der öffentlichen Hände, die nicht mehr abgeschüttelt werden kann, ohne die Gesellschaft zu destabilisieren. Die erzwungene Staats- und Zinsschuld nötigt letztlich zu den sattsam bekannten Einschnitten und Beschränkungen und führt zu zunehmendem Druck auf die mit den entsprechenden Dienstleistungen Beschäftigten. Die Privatisierung des Öffentlichen, das heißt die kapitalwirtschaftliche Vereinnahmung, Zurichtung und wesensfremde Deformation des Sozialwirtschaftlichen bietet sich noch für ein Ausweichmanöver an, das weitreichende Flurschäden an der Gemeinschaft und der Zivilisation hinterlässt, nicht zuletzt auch negative Rückkopplungseffekte für die Wirtschaft selbst auslöst.

Ein gesellschaftlicher Fortschritt liegt hier nur darin, dass das weite Feld sozialwirtschaftlicher Arbeit und deren vielfältige Organisationsformen immer mehr einer betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung und Buchführung unterworfen werden. Dadurch tritt, wie das Beispiel des hoch investiven Bahnverkehrsbetriebs besonders auffällig zeigt, zunehmend dessen Werthaltigkeit und volkswirtschaftliche Bedeutung hervor, die sonst durch überhaupt noch fehlende oder unrealistische Wirtschaftsrechnungen, durch kameralistische Rechnungsverfahren der öffentlichen Verwaltung oder auch durch einen undurchdringlichen Steuer- und Subventionsdschungel verdeckt war.

Gängige Interpretationen und die neue Problemexposition

Die akuten Erscheinungen der verwertungswirtschaftlichen Ökonomisierung, des Rückbaus des Sozialstaats und einer forcierten Globalisierung haben in den letzten Jahren eine Fülle von kritischen Analysen und Publikationen ausgelöst. Sie gelten einem allgegenwärtigen Terror der Kapitalökonomie, reichen von der neoliberalen Umgründung des Sozialstaats bis zum global wirksamen, finanzgetriebenen Aneignungs- und Akkumulationsregime, verweisen auf dessen desaströse sozialökonomische Folgen in allen Weltregionen und auf ökologische Katastrophen. Trotz alledem infiltriert und revolutioniert die ungebändigte ökonomisch-zivilisatorische Form die Welt weiter mit der ihr eigenen Durchschlagskraft, wie immer das Mischungsverhältnis mit politischen, ideologischen, sozialen und kulturellen Kräften und Konflikten beschaffen sein mag. Es eröffnet sich eine ebenso expansive wie zugleich destruktive Phase:

Traditionell krisentheoretische Interpretationen verfehlen, dass die neue Entwicklung zunächst durch reelle Verwertungschancen und Kapitalbildungen getragen wird. Das gegenwärtige verzeichnete Wachstum im weltwirtschaftlichen Zusammenhang ist weder nur simuliert, noch ist zu erwarten, dass durch das mögliche Platzen einer Finanzblase oder durch eine globale Energiekrise etwa jenseits des Peak-Oil etwas Neues freigesetzt wird. Die Globalisierung ist wegen der jetzt zugrunde liegenden spezifischen Reproduktionsverhältnisse zunächst ein Goldesel für die Kapitalwirtschaft – bis sich auch in dieser höchsten, letzten Dimension wiederum Schranken der Entwicklung geltend machen und auf die jeweils nächstens betroffenen Wirtschaftsgesellschaften zurückschlagen:

Indem immer mehr Staaten die Entwicklungsschwelle einer Wachstumsklemme mit zunehmendem Exportzwang überschreiten, werden sich Spannungen und Konflikte verschärfen und wird die Weltwirtschaft im kommenden Vierteljahrhundert einen neuen Aggregatzustand annehmen. Die vermutlichen Kennzeichen der nächsten Zukunft: Eine Überfüllung der Märkte und verschärfte internationale Konkurrenz, Auspowerung von Rohstoff-, Energie- und Nahrungsquellen, Ausplünderung und Marginalisierung schwacher und abgehangener Wirtschaftsräume, Zerstörung der Lebensräume und Existenzmedien von Millionen, die in die Elendsviertel und Agglomerationen der Megastädte flüchten. Angesichts solcher wahrscheinlicher Folgen für Mensch, Umwelt und Zukunft könnte man mit Marx sagen: Im Zuge der Realisierung des Weltmarkts treten alle Widersprüche der historischen Produktionsweise in Prozess, werden auffällig und eklatieren. Allerdings gilt dies nur mit dem

Zusatz, dass die Kapitalökonomie im total gewordenen Raum des modernen Weltsystems eine enorm elastische Form darstellt, dass der voraussehbare Prozess vermutlich eine epochale Erstreckung hat und sein letztendlicher Ausgang ungewiss ist. In diesem Zusammenhang können weder soziale oder globale Protestbewegungen, noch Hungerrevolten, Migrationswellen, Staatsstrieche oder Entwicklungsdiktaturen als solche schon eine Wende herbeiführen. Dazu bedarf es gesellschaftlicher und politischer Strömungen, die sich auf einen Bruch mit der alten Welt einstellen, mit fundierter Orientierung und Hoffnung auf eine konkrete Alternative.

Die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Grundvoraussetzungen dafür scheinen gegeben: Im Kreis der industriewirtschaftlichen Warenproduktion kommt auf breiter Front die Produktivkraft automatisch-informationeller Systeme zur Geltung, und insgesamt ist ein zivilisatorisches Niveau erreicht, auf dem die Arbeit an den allgemeinen, gemeinschaftlichen Bedingungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, sowie die damit verbundenen sozialökonomischen Funktionen staatlicher Organe ein hinreichendes Gewicht haben. Die hoch entwickelten Wirtschaftsgesellschaften können daher angemessen nur als Übergangsgesellschaften begriffen werden, in denen die Theorie sowohl wie die Praxis einer sozialwirtschaftlichen Transformation eine materielle und soziale Basis haben. Entsprechende subjektive, interessierte und praxisformative Kräfte sind gegeben, wenn auch vorerst noch gesellschaftlich eingestreut und vorbewusst, und mögen in der vor uns liegenden geschichtlichen Periode auf die verschiedenste Weise weiter hervortreten.

Die Grundlage für diesen Prospekt ist darin zu sehen, dass im prekären Aggregatzustand der hochentwickelten Kapitalwirtschaft bereits ein transzendierendes, subjektiv-objektives Produktivkraftensemble mitprozessiert, das eine neue, praktisch-materiell vorhandene, ökonomisch und zivilisatorisch höhere Formierung in Latenz darstellt. Der Charakter der eröffneten Übergangsepoche wäre demnach durch ein entsprechendes, keineswegs vorentschiedenes Ringen um Hegemonie bestimmt: In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Privatisierung des Öffentlichen und den Tarifkämpfen der Dienstleistungsgewerkschaften ist die Problemfront ebenso erkennbar wie in dem täglich alarmierenden Komplex von nicht mehr wirklich behebbaren volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Missverhältnissen. Die bestehenden Wirtschaftsgesellschaften, in denen die globalen Entwicklungen wurzeln, markieren als solche das entscheidende Feld des Kampfes um die Zukunft und das Terrain für eine mögliche sozialwirtschaftliche Transformation: Es gibt wenig Gründe, in einer Zeit wachsender internationaler Konkurrenz und multipler Konfliktlagen, während bereits das Her- und zunehmende Hinpendeln zwischen Liberalisierung und Protektionismus immer deutlicher wird, und vor Ort die Gemengelage dringlichster gesellschaftlicher Probleme keine wirklichen Reformperspektiven mehr eröffnet, große Hoffnung auf eine künftige Global Governance-Architektur zu setzen.

Das Kreuz der Kapitalwirtschaft und die Leitthese zur Befreiung der Arbeit

Zunächst kommt es darauf an, das Neue in den verwirrenden Erscheinungen der widersprüchlichen Praxis der Moderne prototypisch und prototheoretisch zu identifizieren. Ich formuliere den Gedanken zunächst als Leitthese: In der jüngeren Zeit tritt zunehmend ein kardinaler Konstruktionsfehler der herrschenden Verwertungsökonomie hervor. Er besteht darin, dass als wertschaffende Arbeit nur rangiert, was sich der waren- und kapitalwirtschaftlichen Form beugt und in deren Reproduktionskreise einfügen lässt, während alle andere gesellschaftlich notwendige, nützliche und sinnvolle Tätigkeit als mehr oder weniger Ballast, Übel oder Anhängsel behandelt wird. Die Kapitalwirtschaft war insofern von vornherein ein historisches, wenngleich progressives Konstrukt und nie eine Wirtschaftsweise, geeignet, um die verschiedenartigen Gestaltbildungen und den Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit in eine rationale und zivilisierte Form zu bringen.

Die mögliche Befreiung der Arbeit aus der Zwangsjacke der noch dominierenden Ökonomik kann insofern nicht nur als eine Befreiung der Industriearbeit als solcher realisiert werden. Sie verlangt eine andersartige Selbstorganisation des gesamten Reproduktionszusammenhangs, so dass jede Art gesellschaftlich notwendiger, als nützlich oder sinnvoll erkannter und bestätigter Tätigkeit wirtschaftlich und gesellschaftlich zu gleicher Wertgeltung und Verwirklichung kommt - die benachteiligte Stellung entsprechender großer Kontingente solcher Tätigkeit spricht in dieser Hinsicht für sich. Praktisch erfordert die Umstimmung vor allem eine paritätische Inwertsetzung und überhaupt Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste aus ihrer reprimierten Position.

Die Lösung des Problems einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise liegt insofern in einer Reproduktionsordnung, welche die Hauptabteilungen der industriewirtschaftlichen Warenproduktion und der sozialwirtschaftlichen Dienste im Zusammenhang einer ökonomischen und politischen Gesamthaushaltung komplementär und paritätisch integriert. Befreiung der Arbeit hieße dann zunächst Freisetzung von Arbeit in der spezifisch sozialwirtschaftlichen Form und nicht etwa Abschaffung von Arbeit schlechthin: Arbeit in diesem Sinne abschaffen zu wollen, ist ebenso albern wie die Verneinung der Kategorie Wert oder eine prinzipielle Ablehnung der Warenform. Wert ist hier, durchaus im Sinne von Marx, zunächst eine objektive Sinnimplikation, die mit unaufhebbaren praxeologischen Konsequenzen auch innerhalb dieser Produktions- und Praxisform verbunden ist.

Im Zusammenhang einer integrierten Gesamthaushaltung spielt der Staat oder spielen gesellschaftliche Organe eine entscheidende Vermittlungsrolle: Betrachtet man die Angelegenheit in ihrer reinen Grundform, wie es zunächst notwendig ist, müssen sozialwirtschaftliche Dienste über wertökonomisch triftige, systemisch geeignete Steuern und Abgaben finanziert und vermittels der Haushaltstitel und Haushaltsmittel eines ganzen Spektrums gesellschaftlicher Organe realisiert werden. Im volkswirtschaftlichen Gesamtzusammenhang tritt also, sieht man also wieder von einer Vielzahl jetzt gegebener oder zukünftig möglicher Mischformen ab, neben den Verbrauch aufgrund persönlicher Arbeitseinkommen die davon unabhängige, individuelle oder private Aneignung sozialwirtschaftlicher Leistungen.

Die entscheidende These lautet, dass die umrissene Neuordnung der Grundfiguration zu einer von der Bindung an die Kapitalerhaltung und dem Druck der Kapitalverwertung gelösten Gestalt des Wirtschaftslebens führen kann. Es geht also um eine qualitative oder systemische Umstimmung des gesamten Reproduktionszusammenhangs, der dann sowohl durch bestimmte Marktbeziehungen wie Sozialorientierungen und insgesamt durch gesellschaftliche Dispositive mitvermittelt wird. Um die Zusammenhänge und schließlich das Novum begreifbarer zu machen, möchte ich zunächst den schon eingeführten, theoretisch neu konzipierten Begriff der sozialwirtschaftlichen Dienste erörtern.

Sozialwirtschaftliche Dienste und Sozialwirtschaft

Der Begriff sozialwirtschaftliche Dienste zielt zunächst darauf, einen im Verhältnis zur industriekapitalistischen Warenwirtschaft komplementären Bereich des Wirtschaftslebens, zugleich und mit Blick auf die Zukunft aber eine letztlich alternative ökonomische Formbildung empirisch einzukreisen und analytisch zu präzisieren. Es geht dabei überhaupt um allgemeingesellschaftlich oder zivilisatorisch angeforderte Tätigkeitsfelder. Der herkömmliche Begriff Sozialstaat oder die Fokussierung auf im engeren Sinne sozialpflegerische Tätigkeiten ist demgegenüber erheblich zu eng gefasst. Die quantitative Ausdehnung und institutionelle Entfaltung der gemeinten sozialwirtschaftlichen Dienste ist das Nebenprodukt der im 20. Jahrhundert rapide fortschreitenden sozial-ökonomischen Entwicklung. Bezeichnenderweise gibt es bisher keinen brauchbaren Aufschluss über die effektiven Zusammenhänge: Die gängigen volkswirtschaftlichen Statistiken und Rechnungsverfahren lenken vom System der gesellschaftlichen Arbeit ab und veranschlagen die zum Verständnis des Geschehens überhaupt notwendigen kapitaltheoretischen

Kategorien nicht. Gängige Begrifflichkeiten wie öffentliche Dienstleistungen, Sozialökonomie, Dritter Sektor usw. bleiben schwammig, auch weil die Durchdringung der Probleme im strikten Sinne die entsprechende praktisch-theoretische Konzeptualisierung, also eine Theorie der Sozialwirtschaft voraussetzt.

Empirisch umschreibbare Betätigungsfelder sind zum Beispiel Familienarbeit, Erziehung und Jugendpflege, Grund- und Erwachsenenbildung, berufliche Aus- und Fortbildung, Wissenschaft und Forschung, sozialkulturelle Gemeinschaftsdienste, staatliche Verwaltung und gesellschaftliche Körperschaften auf allen Ebenen, Rechtspflege, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftskontrolle, Unternehmungen und Wirtschaftsbereiche mit gesellschaftlichem Auftrag, Arbeitsverwaltung und Arbeitsförderung, Sozialversicherung aller Zweige und deren soziale Dienste, kommunale Verwaltung, kommunale Betriebe und Zweckverbände, öffentliche Sicherheit, Verbraucherdienste, Energieversorgung und Entsorgung, Wohnungsbau und Stadterneuerung, Natur- und Landschaftspflege, öffentlicher Verkehr, Bildung und Medien, Sportwesen und öffentliche Freizeiteinrichtungen, Kulturpflege, Integrationsarbeit, Umwelt- und Naturschutz, gesellschaftliche Notdienste, allgemeine Wohlfahrtspflege und spezielle sozialpflegerische Aufgaben, die allgemeine Gesundheitsversorgung sowie nicht zuletzt der weite Bereich internationaler Aufgaben, Beziehungen und Hilfen.

In der politisch-ökonomischen Kategorie der sozialwirtschaftlichen Dienste sollen, im Unterschied zur industriewirtschaftlichen Produktion für den Warenmarkt und für privaten Verbrauch, im Grundansatz alle jene wirtschaftlich bedeutsamen Aktivitäten zusammengefasst werden, durch welche allgemeine oder gemeinschaftliche Bedingungen und Elemente des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens hervorgebracht und besorgt werden. Die Kategorie zielt auf den enormen Teil der gesellschaftlichen Arbeit, der für die Produktion und Reproduktion allgemeiner, subjektiver oder materialer Existenzbedingungen oder des sozusagen sozial-zivilisatorischen Fundaments und Gehäuses der modernen Gesellschaft aufgewendet wird.

Im eigentlichen Sinne sind sozialwirtschaftliche Dienste jedoch weder durch die Rechtsgestalt ihres Betriebs noch durch ihre Sachgestalt bzw. ihren Verwendungszusammenhang allein hinreichend charakterisierbar: Es kann ihnen die kapitalistische Form übergestülpt werden, wie der Privatbetrieb von Kindergärten, Schulen und Universitäten, Autobahnen oder Krankenhäusern oder sogar Stadtverwaltungen zeigt, oder sie können schon in einer weiterweisenden, das heißt öffentlichen, gemeinwirtschaftlichen oder genossenschaftlichen Form instituiert sein und sich auf dieser Grundlage weiter emanzipieren. Als spezifische, historische ökonomische Form sind sie letztlich durch ihre Einbettung innerhalb einer, auch über die industriewirtschaftliche Warenproduktion übergreifenden und diese durchdringenden sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung bestimmt. Sozialwirtschaft ist in diesem Sinne letztlich als eine nicht kapitalistische, zivilisatorisch höher stehende Wirtschaftsverfassung zu verstehen.

Formierung und Funktionszusammenhang der neuen Wirtschaftsweise

Das Wirtschaftsleben in der Übergangsperiode beruht auf dem bereits umschriebenen Wechselverhältnis zwischen dem Bereich warenproduzierender Industriearbeit samt angelagerter wirtschaftsnaher Dienstleistungen, die letztlich Produktionsmittel und Konsumgüter hervorbringen, und einem Bereich sozialwirtschaftlicher Dienste. Die heutzutage investiv hochorganisierten sozialwirtschaftlichen Produktionen werden, betrachtet man die reine Grundform, aus Steuern oder Abgaben unterhalten, die auf entsprechende Konten der industriewirtschaftlichen Warenproduktion gelegt wurden. Sie werden auf diese Weise durch einen Werttransfer über die Staats- und Sozialhaushalte unterhalten und von den verschiedensten Nutznießern und Berechtigten ohne unmittelbare Bezahlung angeeignet. Mit diesem neuen Tableau Economique ist der notwendige, szenisch beschriebene Ausgangspunkt der politisch-ökonomischen Praxisanalyse umschrieben.

Der skizzierte Zusammenhang enthält zunächst eine bekannte Praxisperspektive: Aus der Sicht der industriewirtschaftlichen Warenproduktion gelten sozialwirtschaftliche Dienste nicht als wertschaffend, sondern als werteverzehrend. Sie sind in diesem Sinne unproduktiv und werden dementsprechend überwiegend aus einer steuerlichen Belastung von kapitalwirtschaftlichen Einkommen finanziert. Für die Kapitalwirte sind diese Steuern praktisch ein Minusposten. Ihr Kalkül ist insoweit unsozial, als sie weder angemessen für die zivilisatorischen Vorleistungen ihres Geschäfts noch für entsprechende, zum Beispiel ökologische oder soziale Folgekosten eintreten. Auf der anderen Seite mögen sich die lohnabhängig Beschäftigten vielleicht damit trösten, dass ihnen aus den gesellschaftlichen Fonds, in die sie durch Steuern und Abgaben ebenfalls einzahlen, im beschränkten Umfang öffentliche Dienstleistungen zugute kommen oder etwa bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit eine elementare Versorgung gewährleistet ist. Es handelt sich hier um das zunehmend prekäre Arrangement einer historischen Reproduktionsordnung, das aus der beschränkten Sicht der Kapitalwirtschaft und ihrer Apologeten unabdingbar, unangreifbar erscheint und gewöhnlich auch als mehr oder weniger unvermeidlich aufgefasst wird.

Es gibt aber auch eine andere Praxisperspektive, die den bornierten kapitalwirtschaftlichen Standpunkt überschreitet. Aus Sicht der sozialwirtschaftlichen Dienste kann im gegebenen Zusammenhang die Anlage einer neuartigen Reproduktionsordnung entdeckt werden: Die im sozialwirtschaftlichen Bereich Beschäftigten müssen sich eine Behandlung als unproduktive Klasse eigentlich nicht gefallen lassen. Arbeiten sie doch in der notwendigen Verwaltung und an den infrastrukturellen, sozialen und überhaupt zivilisatorischen Arbeits- und Lebensmomenten des Ganzen oder am Gehäuse, in das auch die Warenproduktion eingebettet ist. Ihre Arbeitskraft ist, entsprechend der Industriearbeit, ebensoviel wert, wie sie als Lohnabhängige zu ihrem Lebensunterhalt verbrauchen. Ihr Wirtschaftsergebnis rechnet sich analog als Summe aus dem Wert ihrer Arbeitskraft und dem Wert der in ihrer Tätigkeit verbrauchten Sachmittel. Aber diese in ihrer Gesamtleistung enthaltenen Wertanteile existieren für sie zunächst nur virtuell. Ihr Wertschaffen wird, ideal betrachtet, nicht über den Warenmarkt, sondern durch die Zuteilung von Mitteln aus öffentlichen Haushalten anerkannt und ist damit bezahlt. Entsprechend ist, abgesehen von zweckmäßigen Gebühren, die Aneignung sozialwirtschaftlicher Leistungen für die Allgemeinheit unmittelbar kostenfrei wie der Schulbesuch, die Straßenbenutzung oder die Leistung aus der Sozialversicherung.

Bei konsequenter Durchleuchtung des Gesamtzusammenhangs wird offenbar, dass die objektive Stellung der sozialwirtschaftlichen Dienste im gesellschaftlichen Wertehaushalt darin besteht, dass deren Gesamtleistung oder Gesamtwert eine unmittelbare Voraussetzung der industriewirtschaftlichen Warenproduktion bildet. Veranschlagt man dies voll und ganz, wie es aus der Sicht der sozialwirtschaftlichen Dienste richtig und aus unverstellter gesellschaftlicher Sicht notwendig erscheint, dann wird offenbar: Dieser Gesamtwert muss, analog der aus der Marx'schen Kapitalanalyse bekannten Wertübertragung des konstanten Kapitals im industriewirtschaftlichen Bereich, als gesellschaftlich-konstanter Wertteil im Produktionsbereich der Kapitalwirte wieder zur Erscheinung kommen. Er geht aufgrund der objektiv-realen Verschlingungen der Reproduktionszusammenhänge in einen entsprechenden, proportionalen Wertanteil der Produktions- und Konsumtionsmittel ein, die in der industriewirtschaftlichen Warenproduktion rangieren. Diese können und müssen dort eigentlich im entsprechenden Verhältnis besteuert werden, um den zunächst unsichtbar inhärenten sozialwirtschaftlichen Wertteil in der Kosten- und Ergebnisrechnung der Kapitalwirte sichtbar und greifbar zu machen. Über öffentliche Haushaltstitel können diese Steuereinnahmen den sozialwirtschaftlichen Diensten zukommen, die sich damit wiederum die für ihre Tätigkeit und Leistung vorausgesetzten Konsumtions- und Produktionsmittel aneignen. Durch deren Kauf wird den Industriewirten der entsprechende, vordem steuerlich erfasste Wertteil ihres Produkts bezahlt. In der wirklichen, praktischen, unverkürzten Durchsetzung dieses Zusammenhangs liegt die Bestätigung der wertschaffenden Kraft der sozialwirtschaftlichen Arbeit und es ergibt sich der Effekt, dass die relative Ausdehnung dieses Bereichs möglich ist und zum

selbstverständlichen Garanten einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung wie des zivilisatorischen Fortschritts werden kann.

Auf Grundlage der umrissenen Reproduktionsordnung kann, in den Grenzen der materiellen Gesamtleistungsfähigkeit, jede als gesellschaftlich notwendig, nützlich und sinnvoll erachtete Tätigkeit als Äußerung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bestätigt und instituiert werden. Ein derartig konfiguriertes Wirtschaftssystem kann die Probleme der kapitalwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit im Grundansatz lösen und in der Folge auch an das Ufer einer ersehnten allgemeinen Reduzierung der Arbeitszeit heranführen. Oder es wären entsprechende Produktionen auf den Gebieten Erziehung und Bildung, Wissenschaft und Forschung, potentiell auch bestimmte industriewirtschaftlich erzeugte Waren, öffentliche Güter und können entsprechend zugänglich gemacht werden. Eine Ausdehnung der Versorgung hinsichtlich Gesundheit und Pflege, die Garantie eines auskömmlichen Lebens vor Eintritt, bei vorübergehender Unterbrechung und nach Beendigung des Berufsleben, nicht zuletzt vermehrte Arbeit an und für Natur und Umwelt stellen sich jetzt hinsichtlich der Ressourcen und in der Wirtschaftsrechnung als realisierbar dar.

Die sozialwirtschaftliche Besteuerung der Warenproduktion in der jeweils volkswirtschaftlich möglichen Proportion und notwendigen Proportionalität und die dadurch getragene Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste erfordert jetzt allerdings eine grundsätzliche Abkehr vom Primat der Einkommensbesteuerung, also vor allem auch eine direkte Besteuerung des fungierenden konstanten Kapitals. Die schon einmal diskutierte Idee einer Automatensteuer läuft auf einen ähnlichen Effekt hinaus. Der springende Punkt ist dabei dieser: Die Sozialwertsteuer bringt nur einen Wert zur Erscheinung, der in den industriewirtschaftlichen Produkten von vornherein, aber zunächst nicht sichtbar existiert, und dort auch nicht geschaffen wurde. Wie der konstante Wert der Produktionsmittel im Warenprodukt ohne besonderes Zutun des Arbeitenden wieder erscheint, so erscheint der Wert der sozialwirtschaftlichen Dienste letztlich ohne besonderes Zutun mit im Wertbestand und folglich auch im Produktwert der industriellen Warenproduktion.

Der Wirtschaftskreislauf ähnelt hier einem System kommunizierender Röhren, in dem eine Veränderung an einem Ende sofort an ganz anderer Stelle als Veränderung erscheint. Was die Industriewirte in diesem praktisch-funktionellen Zusammenhang durch die Steuer abgeben, fließt ihnen dann auch als kaufkräftige Nachfrage der sozialwirtschaftlichen Dienste wieder zu. Derart wird ihnen also nichts genommen, was ihnen gehört. Es wird ihnen sogar in bestimmter Hinsicht der Umsatz und damit die Existenz gesichert. Im bewussten Wirtschaftshandeln werden auf diese Weise lediglich die impliziten objektiven, jetzt transparent gewordenen Wertverhältnisse der ökonomischen Praxis auf dem erreichten historischen Entwicklungsniveau anerkannt, welche der kapitalwirtschaftliche Realvortrag missachtet und in seinen praxischen, ideologischen Denkformen nicht fassen kann.

Die neue Ordnung erfordert offenkundig die Stärkung der staatlichen Hoheit im gesamten Finanzwesen und der Ausstattung der öffentlichen Haushalte, in erster Linie auf dem Weg der vollen steuerlichen Erhebung der Sozialquote für eine in den sozialwirtschaftlichen Diensten erbrachte reale Wertschöpfung. Mit dieser Erhebung der Sozialquote wird die bisherige Form der Staatsverschuldung überflüssig, die nichts anderes als ein verdeckter privatökonomischer Raubzug gegen das Gemeinwesen ist. Zugleich wird die nötige Wiedergewinnung außenwirtschaftlicher Kontrolle und Herstellung einer neuen außenwirtschaftlichen Balance dadurch unterstützt, dass es auf Basis einer sozialwirtschaftlichen Reproduktionsordnung keine dem Verwertungszwang geschuldete Notwendigkeit für die Betriebe gibt, den Warenexport oder Auslandsinvestitionen in dem jetzigen volkswirtschaftlich unproportionellen und langfristig äußerst risikoreichen Maß zu forcieren. Die Erweiterung der finanziellen und rechtlichen Möglichkeiten des aktiven Wirtschafts- und Sozialstaats kann mit der Entfaltung seiner Organe, das heißt den Institutionen einer demokratischen Selbstorganisation auf allen Ebenen, in allen Bereichen und für verschiedenste Aufgabenstellungen einhergehen. Diese Organe einer realen Demokratie, vornehmlich die Organe einer wirtschafts- und sozialdemokratischen

Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene, können in einer gesamtgesellschaftlich abgestimmten Weise mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Die zur Verwirklichung notwendige Politik der sozialwirtschaftlichen Transformation zielt derart insgesamt auf die wirtschaftsgesellschaftliche Konsolidierung und nicht etwa auf eine kapitalwirtschaftlich gedopte Weltmeisterschaft im Export beziehungsweise auf einen Input von Arbeitslosigkeit oder einen Transfer von Überproduktionen auf fremdes Terrain. Diese Konsolidierung und Verteidigung der wirtschaftsgesellschaftlichen Souveränität auf der neuen Grundlage hat nichts mit einem Autarkiebestreben im kapitalwirtschaftlichen Sinne zu tun und steht auch einer wünschenswerten Herstellung kompatibler, günstiger Wirtschaftsbedingungen in partnerschaftlich erweiterten Wirtschaftsräumen nicht entgegen: Ein sozialwirtschaftlich konzertiertes Europa wäre eine Alternative zu einem Europaprojekt, das sich als wirtschaftsliberal, undemokratisch und imperial darstellt.

Ein nahe liegender Einwand und die Gegenargumente

Gegen das umrissene Konzept drängt sich auf den ersten Blick der Haupteinwand auf, wie denn überhaupt die sozialwirtschaftlichen Dienste, sozialwirtschaftliche Leistungen angesichts leerer öffentlicher Kassen in noch wachsender Größenordnung finanziert werden können. Um die Unlösbarkeit dieser Frage zu propagieren, werden Hunderte von Millionen nicht nur für die Initiative Soziale Marktwirtschaft gesponsort. Aber der anvisierte sozialwirtschaftliche Umbau setzt grundlegend veränderte Wertverhältnisse, neue Modi der betriebswirtschaftlichen Bewertung und volkswirtschaftlichen Rechnungslegung, grundlegende Veränderungen und Gewichtverschiebungen im Steuerwesen in Kraft. Gerade dadurch werden ausgeglichene Wirtschaftsbilanzen und eine von kapitalwirtschaftlichen Krämpfen freie Entwicklung möglich – auf einem erweiterten Terrain gesellschaftlicher Arbeit und Garantien für die sozial-zivilisatorische Existenz der Menschen, die die Augenbinde des Konsumismus abnehmen können.

Dem gegenüber führt die veraltete kapitalwirtschaftliche Ökonomik im gegenwärtigen Zustand zu verkehrten, das heißt den praktisch-objektiven Verhältnissen nicht mehr adäquaten, kontraproduktiven oder auch perversen Wirtschaftlichkeitsrechnungen und zu dem sattem bekannten Spektrum peiniger Wirtschaftsprobleme: Die Wirtschaftsrechnung und die ideologischen Praxisbegriffe der Kapitalwirtschaft, die an deutschen Universitäten und Instituten unentwegt systematisiert, theoretisch verklausuliert und mit wissenschaftlichen Weihen versehen über alle Kanäle weiter propagiert werden, gaukeln vermeintlich unlösbare Probleme vor, die auf der Grundlage der ökonomischen Formbildungen des neuartigen Praxiszusammenhangs, aufgrund seiner objektiv-realen anderen Sinnimplikationen und Kategorien, so nicht existieren.

Der skizzierte Umbau bedeutet eine ebenso wertliche wie sachliche, prozesshafte Integration der beiden neuzeitlichen Hauptabteilungen der gesellschaftlichen Reproduktion und deren notwendige Vermittlung durch gesellschaftliche Organe und Haushalte, durch eine entsprechende Steuer-, Haushalts- und Finanzpolitik. Es handelt sich um einen Aktzusammenhang, der letztlich wert-, reproduktions- und transformationstheoretisch modelliert und demonstriert werden kann. Aber nicht nur dies: Die These lautet, dass die sozialwirtschaftliche Reproduktionsfigur innerhalb der bestehenden Praxisformierung in vielerlei Ansätzen bereits zur Geltung kommt und deren widersprüchliche Verhältnisse mit prägt, mitträgt oder auch konterkariert. Die wirtschaftliche Wirklichkeit trägt insofern Züge eines gemischten Systems, ohne dass sich schon das eigentlich Neue deutlicher hervorkehrt oder wirklich begriffen ist. So mag es beispielsweise sein, dass die sozial-ökonomischen Erfolgsbilanzen des sogenannten skandinavischen Modells auch darauf beruhen, dass darin die realen sozialwirtschaftlichen Wirkzusammenhänge in höherem Maße bestätigt werden.

In konsequenter formationeller Ausprägung handelte es sich um nicht mehr als die praktische Anerkennung der latent bereits heute mitwirkenden neuen Wertgesetzlichkeit, ich nenne es das Wertgesetz der sozialwirtschaftlichen Reproduktionsform. Es ist damit die Grundfigur einer wirklich möglichen neuen Wirtschaftsweise jenseits der Kapitalwirtschaft umrissen, die wiederum eigene Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Konsequenzen, durchaus auch Widersprüchlichkeiten verschiedenster Art mit sich bringt. Inwiefern handelt es sich aber eben nicht nur um eine reformatorische Wende der Wirtschaftspolitik, sondern um eine entscheidende Umstimmung der Produktionsweise und ihrer ökonomischen Logik?

Sozialwirtschaft als systemische Alternative zur Kapitalwirtschaft

Das alte, wirtschaftsgeschichtlich überfällige System beruht auf dem Austausch zwischen Kapital und warenwirtschaftlichem Arbeitsvermögen im Rahmen eines Regimes zwanghafter Kapitalverwertung, das die herangewachsene und gesellschaftlich vermehrt geforderte Wirtschaftsabteilung sozialwirtschaftlicher Dienste disparitätisch und repressiv behandelt. Die sozialwirtschaftliche Reproduktionsordnung beruht aber in der Grundkonstellation nicht mehr auf einem gesellschaftlich und ökonomisch antagonistischen Verhältnis zwischen privatem Kapital und werteschafter Arbeitskraft, zwischen toter und lebendiger Arbeit, sondern auf einem paritätischen, gesellschaftlich regulierten Verhältnis zwischen der mit Produktionsmitteln ausgestatteten industriewirtschaftlichen Arbeit und der mit allen notwendigen Produktionsmitteln versorgten sozialwirtschaftlichen Arbeit, bildlich gesprochen einem Austausch zwischen zwei Händen der gesellschaftlichen Arbeit. Die Kategorie des privaten Profits, der Aneignung eines Mehrwerts durch Kapitaleinsatz verliert in dieser partnerschaftlichen Trias ihre Bedeutung und praktische Funktion. In der neuen ökonomischen Praxisformierung ist ein betriebs- und volkswirtschaftliches, haushälterisches ökonomisches Kalkül jenseits des Verwertungszwangs der Kapitalwirtschaft in Kraft gesetzt:

Sozialwirtschaft ist kein Verwertungs- und Akkumulationsregime, sondern ein gleichgewichtiges Entwicklungssystem der gesellschaftlichen Arbeit, das den Beschäftigten oder Betrieben innerhalb der Grenzen und Möglichkeiten der verfügbaren Konsumtions- und Akkumulationsfonds bestimmte Erwerbs- und Entwicklungschancen eröffnet. So kann sich ein Grundtenor des Wirtschaftens durchsetzen, der in bisherigen gemeinnützigen oder gemeinwirtschaftlichen Vorformen schon angeklungen ist. Wenn in diesem Zusammenhang Überschüsse bilanziert werden, figurieren diese als Prämie, das heißt als Anteil an einer Ersparnis im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. In wertökonomischer Hinsicht entspricht dies der Marxschen Idee einer transparent gewordenen und kontrollierbaren Ökonomie der Zeit. Die praktizistische, in Bornierungen befangene wirtschaftsliberale Theorie wird freilich nie anerkennen, dass zwischen Mehrwert oder Profit und einem sozialwirtschaftlichen Ergebnis im Sinne einer Ersparnis ein qualitativer und wesentlicher formativer Unterschied besteht, der Welten trennt.

Infolge der Brechung der alten Kapitalfunktionalität kann das wirtschaftliche Leben in vielerlei Hinsicht neue Charakterzüge annehmen. Da die neue Wirtschaftlichkeitsrechnung der ökonomischen Entwicklung keine bestimmten Inhalte und keine bestimmte Richtung aufzwingt, insbesondere keine immer weiter gehende Akkumulation, Konzentration und beispielsweise Steigerung der Betriebsgrößen herausfordert, ergibt sich praktisch die Notwendigkeit, dass das tätige, wirtschaftliche Leben maßgeblich durch Haushaltspläne gesellschaftlicher Organe, von der kommunalen, zivilgesellschaftlichen und regionalen bis zur gesamtstaatlichen und internationalen Ebene, sowie direkt in Verantwortung der wirtschaftenden Betriebs- und Organisationseinheiten bestimmt wird. Diese können auf der Grundlage einer gesellschaftlich geöffneten, endlich durchsichtigen Haushalts- und Wirtschaftsinformatik, mit gemeinnütziger Orientierung und mit haushälterischer Rechnungslegung arbeiten.

Die notwendigen Produktions- und Rechnungskontrollen über die Arbeit der gesellschaftlichen Organe und über das betriebliche Wirtschaftsgebaren sind jetzt selbst eine sozialwirtschaftliche Tätigkeit hohen Ranges. Aufgrund der wesentlich haushälterischen, durchaus wettbewerblichen ökonomischen Logik können sich Haushaltspläne und Produktionsentscheidungen maßgeblich von inhaltlichen Gesichtspunkten der gesellschaftlichen Lebensproduktion leiten lassen und auf die ökologisch fundierte und zivilisatorisch gemäße Fülle des Lebens richten.

Die objektiven Wertverhältnisse und entsprechend instituierten Organe der neuen Reproduktionsordnung implizieren neue Rechts- und Eigentumsverhältnisse: Die im Bereich der Warenproduktion rangierenden Werte sind vermittelt gesellschaftliche, indem die gesamte sozialwirtschaftliche Leistung als ihre notwendige sachliche Voraussetzung gilt und deren Wertkontingent darin mit erscheint. Ebenso sind die durch sozialwirtschaftliche Dienste erzeugten Werte schon aufgrund ihrer Finanzierung offenkundig unmittelbar öffentliche und gesellschaftliche, nicht privat beziehungsweise solitär erzeugte Werte. Ein privater Einbehalt der Werte, die private Aneignung der in gesellschaftlicher Co-Produktion stets neu erzeugten Produktionsmittel durch Industriewirte, nur weil sie in deren Verfügungsbereich materiell hervortreten, ist offenkundig sach- und rechtswidrig. Die Produktionsmittel können ihnen wie den auf der anderen Seite wirtschaftenden Einheiten zweckmäßigerweise zur verantwortlichen Nutzung im gesellschaftlichen Auftrag, etwa als genossenschaftliches Eigentum überlassen werden. Sie stellen in solchen gemeinwirtschaftlichen Betriebszusammenhängen auch nicht mehr wie vormals einen fixen oder zu akkumulierenden Wertbestand an sich dar, sind nicht mehr im alten Sinne wertkonstantes Kapital, sondern können und müssen im Zuge des technischen Fortschritts und wirtschaftlichen Wandels so oder so wertberichtigt werden.

In der neuen Konstellation haben also die Kategorien des Kapitals praktisch ihren Sinn verloren und fungieren andersartige Formbildungen des Werts als Ausdruck gesellschaftlicher Arbeit. Eine neue ökonomische Rationalität, neue Inhaltsbestimmungen des Wirtschaftens sind maßgeblich. Es handelt sich aber, in welchem sozialräumlichen Umkreis auch immer, um das Arbeiten und Wirtschaften eines bestimmten gesellschaftlichen Subjekts, dessen wirtschaftsgesellschaftliche Selbstorganisation, also um Nationalökonomie. Marktwirtschaftliche und sozialökonomische Elemente sowie gesellschaftliche Dispositive gehen darin eine neuartige Synthese ein. Der Tonus aller wirtschaftlichen Aktivitäten ist jetzt sozialwirtschaftlich und nicht verwertungsökonomisch. Einerseits rücken jetzt die sozialwirtschaftlichen Dienste in den Vordergrund, welche die allgemeinen und gemeinschaftlichen Grundlagen des zivilisierten Zusammenlebens für die je gegebene, sozialräumlich organisierte Gesellschaft besorgen. In den Kreisen der Warenwirtschaft, wo man mit gesellschaftlichen Mitteln, in gesellschaftlicher Verantwortung kontrolliert und de facto gemeinnützig operiert, gibt es keine aus einem Verwertungskalkül herrührende Notwendigkeit, die Warenproduktion für internationale Märkte und den Kapitalexpert zu forcieren. Die neue Praxis erfordert oder ermöglicht demgegenüber einen internationalen Austausch nach praktischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten auf Gegenseitigkeit.

Auf der Grundlage sozialwirtschaftlicher Selbstorganisation kann sich die moderne Wirtschaftsgesellschaft als ein im Grundansatz nationalökonomischer und zugleich weltoffener Zusammenhang konstituieren, der seine soziale und ökonomische, ökologische und kulturelle Gestalt entwickelt und in internationalen Kooperationen an einer paritätischen Mondialisierung mitwirkt. Eine sozialwirtschaftliche Transformation ist also nicht unmöglich unter der Bedingung internationaler, globaler Wirtschaftsbeziehungen. Sie ist vielmehr in wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Sicht, für die kommende Entwicklungsperiode, eine realistische Option. Sie impliziert den Bruch mit dem Mythos des freien Welthandels, dem sozialwidrigen Internationalismus der Kapitalwirtschaft und beinhaltet eine konsequente, konstruktive Antwort in der Zeit der neoliberalen Globalisierung.

Schlussbemerkungen

Zu dem an dieser Stelle notwendigen Abschluss der Erörterungen ist eine Rückbesinnung auf die Praxis der Theorie angebracht: Das Entwickelte verweist auf theoretisch und geschichtlich komplexe Sachverhalte und eröffnet ein teilweise noch wenig ausgeleuchtetes Terrain. Daher liegt auf der Hand, dass es sich zunächst nur um einen prototheoretischen Entwurf handeln kann. Nimmt man das Vorgetragene als Expose eines Forschungsprojektes und als Zukunftsinitiative auf dem Gebiet der politischen Philosophie und der Wissenschaft der politischen Ökonomie an, tritt vielleicht auch vor Augen, welche eminenten Schwächen den gegenwärtigen Zustand dieser Wissenschaft kennzeichnen. Das betrifft ihre personellen, institutionellen und nicht zuletzt finanziellen Ressourcen, ihre ganze Praxis und Kultur des Forschens, der Kommunikation und Diskussion. Es müssen daher, wie einmal formuliert wurde, nächstens auch bessere Voraussetzungen für den heute notwendigen und möglichen kollektiven Entwurf einer sozialen Utopie geschaffen werden

Dabei wäre es eine Naivität zu glauben, dass sich aus den virulenten sozialen Bewegungen und ihren vielstimmigen Begleitreflexionen so peu a peu einfach das kristallisieren würde, was eine konkrete Alternative genannt zu werden verdient: Es bedarf zugleich und wesentlich ernsthaftester Arbeit und einer weit mehr als bisher konzentrierten Diskussion auf wissenschaftlichem Feld. Ebenso naiv ist auch die Erwartung, das Richtige und Wahre würde sich dann schon durch seine eigene Überzeugungskraft als konsensfähig erweisen: Die menschliche und gesellschaftliche Wirklichkeit ist kein kommunikatives Handeln, sondern konstituiert als widersprüchliche Praxis, und auf dem Feld der politischen Ökonomie tobt der Kampf um soziale Wahrheit besonders heftig. Das Mindeste, was dazu hier beigetragen werden konnte, ist die Erkenntnis, dass ohne eine geschichtsmaterialistisch und theoriegeschichtlich fundierte, wert-, reproduktions- und praxistheoretische Problemexposition in puncto Alternative nichts zu gewinnen ist.

Ausgewählte Beiträge des Verfassers:

Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft, S. 909-924 in: UTOPIE kreativ, Nr. 132, Oktober 2001.

Karl Marx, der Marxismus und die Philosophie der Praxis. Zur Re-Konzeptualisierung der politischen Philosophie. S. 179-193 in: Aufklärung und Kritik, Sonderheft *Was bleibt vom Marxismus*, 10/2005. Online: www.praxisphilosophie.de/muemarx.pdf

Sozialwirtschaft als Systemalternative, S. 254-289 in: Horst Müller (Hg.), *Das PRAXIS-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft*. BoD-Verlag, Norderstedt 2005.

Historische Schranken der Kapitalwirtschaft und die Frage nach der konkreten Alternative. S. 105-122 in: H.-G. Draheim u. D. Janke (Hg.), *Legitimationskrise des Neoliberalismus – Chance für eine neue politische Ökonomie?* Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus Heft 25, RLS-Stiftung Sachsen e.V., Leipzig 2007.

Alternativkonzepte der politischen Ökonomie - Sozialismus des 21. Jahrhunderts? S. 204-266 in: Horst Müller (Hg.), *Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen*. BoD-Verlag, Norderstedt 2007.

Vom Marxismus zur Konkreten Praxisphilosophie: Einführung mit Untersuchungen zu Marx, Bloch, Habermas, Mead, Bourdieu. Herausgeber und Vertrieb: Helle Panke e.V.: Publikationsreihe Philosophische Gespräche Heft 12, Berlin 2008 (68 S. / 3 €).

Dr. Horst Müller arbeitet als Sozialinformatiker in Nürnberg. Er gestaltet das Portal www.praxisphilosophie.de Ein Interview mit ihm findet man beim Portal Telepolis: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26202/1.html>